

Schlesische

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 4.— Mt. Durch Ansträger 17,50 Mt. pro Woche, 70.— Mt. pro Monat. Durch die Post 30.— pro Monat u. Nachzahl. a. b. Verlag o. 40 Mt. Redaktionspreis: 5.—6 Nachm. Produktionsgenossenschaft f. d. Provinz Schlessen, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluß Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 28. Sept. 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltenen Millimeterzeile, ober deren Raum 8.— Mt., auswärts 10.— Mt. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Sammlungsanzeigen 1,75 Mt. — Kellame: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 20.— Mt.

Zwei Fronten im Aufmarsch!

In der Vorkriegszeit lagen die Klassengegenstände in Deutschland der Erkenntnis jeden nie so augenscheinlich offen, wie heute. Damals gab der aufsteigende Kapitalismus immerhin den deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen von den Extraprofiten, die er durch seine imperialistische Kolonialpolitik genommen, soviel zuschießige Brocken, daß die deutschen Proletarier sich besser gestanden als ihre Klassengenossen in weniger entwickelten kapitalistischen Ländern. Die Bettelarmut reichten gerade dazu, daß die deutsche Arbeiterschaft für sie das notwendige Flittergold erstehen konnte, um sich ihre Ketten zu vergolden.

Heutzutage, wo der Kapitalismus im steigenden Verfall begriffen ist, wo er darum ringt, auf Kosten des wichtigsten Bestandteiles der Wirtschaft, auf Kosten der Arbeiterschaft sich zu retten und dadurch gerade den Boden unter sich untergräbt, treten die Klassengegenstände in Deutschland klar wie nie hervor. Heute stößt eine jede gesellschaftliche Erscheinung die Proletarier mit der Nase auf diese wachsende Verschiedenheit der Lebensbedingungen der beiden Klassen, der Besitzenden und der Besitzlosen.

Im Wirtschaftsleben braucht man garnicht die Abrechnungen der Großunternehmer, in denen trotz dreifachster Verschleierung des Einkommens aus unbezahlter Arbeit die Reingewinne hundert von Prozenten, Milliarden betragen mit der immer sinkenden Kaufkraft des Lohnes der Arbeiter und Angestellten zu vergleichen. Um wachsende Klassengegenstände fest zu stellen, genügt es das Schlemmerleben ja selbst das gemästete Kuzger der in Seide, Leder und Pelze sich kleidender Müßiggänger mit dem Hungerleiden der in dumpfen Löchern wohnenden, in Lumpen sich kleidenden Arbeiterfamilien zu vergleichen. Wenn früher der deutsche Arbeiter wenigstens scheinbar in Kleidung die „Wohlanständigkeit“ der Reichen wahrnehmen konnte, gleicht er heutzutage äußerlich einem Bettler und Landstreicher von eint.

Politisch wird die immer größer, immer unüberbrückbarer werdender Kluft zwischen den Ausbeutern und Ausgebeuteten auch durch die „demokratisch-republikanische Staatsform nicht erfüllt. Eine immer brutaler Sprache reden die Tatsachen. Alles, was der kapitalistische Staat Deutschland und sein Verwaltungsrat, die kleinbürgerliche Regierung unternommen hat, hatte als Resultat eine weitere, tiefere Knechtung der werktätigen Klassen. Darüber konnte das demokratische Getue keiner der Regierungsparteien hinwegtäuschen. Die ganze Erfüllungspolitik auf Kosten der Arbeiterklasse durch Besteuerung der Lebens- und Gebrauchsmittel der breiten Massen, durch den zehnprozentigen Lohnabzug, durch die Umsatzsteuer, durch die Brotwucherumlage beim Schutze der Kriegsgewinnler und Schieber ist ebenso, wie die Justiz, die Sozialpolitik, die Tätigkeit des Arbeiterministeriums usw. zum Schutze der kapitalistischen also direkt gegen die Arbeiterklassen gerichtet.

Und es ist selbstverständlich, daß mit der fortschreitenden Verschärfung der Gegenstände der beiden miteinander im Kampfe stehenden Klassen, alles Halbe, alles was bis jetzt zwischen zwei Euthlen sah, den Halt verliert und gezwungen wird sich in die eine oder auf die andere der kämpfenden Fronten zu stellen. Das Kleinbürgertum, der Mittelstand wird im wirtschaftlichen Kampfe zermalmt und sein größter Teil fällt in die Reihen des Proletariats. Sein kleinerer Teil aber, die Kriegs- und Revolutionsgewinnler heben sich dem Großkapitalisten an die Schöße.

Diese Scheidung in zwei feindliche Lager, wo kein Platz für Mittelwege frei bleibt, geht naturgemäß auch in den politischen Parteien vor sich. Die Bedeutung der Mittelparteien schwindet immer mehr, das schwankende Zentrum und die Demokraten sind nur Anhänger der Deutschen Volkspartei und diese hält bereits die Zeit reif, die Geschäfte des Herrn Stinnes u. Co. selbst zu führen, hat wie bisher sie von Mittelschullehrern und Pfaffen vertreten zu lassen.

In den Parteien, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten behaupten, geht derselbe Prozeß vor sich. Die

große Einigung, die Einschmelzung der USP in die SPD ist ein bedeutender Teil dieses Prozesses. Durch die USPD, die Partei, die jetzt als wichtigster Bestandteil ihrer Politik die Erfüllung auf Kosten der Arbeiterschaft hervorhebt, erhält das Proletariat die Möglichkeit rascher zu erkennen, daß es eben nur zwei Fronten gibt mit einer Kluft dazwischen: auf der einen Seite die kapitalistische Regierung und ihre Stützen, auf der anderen Seite die kämpfende, ausgebeutete Masse mit der kommunistischen Partei an der Spitze. Die kleine Gruppe um Ledebour, die dies zwar ausdrücklich beschließt, doch sich nicht entschließen kann die notwendige Konsequenz zu ziehen und sich der SPD anzuschließen, hat jede Existenzberechtigung verloren, sich selbst zu einer bloßen Sekte verurteilt.

Und da die SPD nach dem Geständnis ihrer Theoretikers Cunow schon lange keine Klassenpartei war, sondern eine „Volks“partei, das heißt eine kleinbürgerliche Partei mit einem Arbeiteranhang, so wird die weitere Loslösung der Arbeiterschaft von den Stinnessozialisten durch die Bildung der USPD nur noch erleichtert und beschleunigt. Die USPD wird den Scheinheiligen schein den noch mancher aufrichtige revolutionäre Arbeiter um die USPD zu sehen glaubt, zerstören.

Und der Ernüchterungsprozeß der deutschen Arbeiterschaft schreitet mit Riesenschritten fort. Der demokratische Dusel ist verdampft, der Rayenjammer des Indifferentismus schwindet und die deutsche Arbeiterschaft erhebt sich zu entscheidenden Taten. Die Massenbewegung für die Zusammenfassung der revolutionären Betriebsräte, der Kontrollausschüsse der Arbeiterschaft zu einem Kampforgan das dasjenige durchführen soll, was die arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsspitzen nicht durchführen wollen, ist ein flammendes Zeugnis dafür. Welche Bedeutung aber diese Bewegung hat, wie stark sie die kapitalistische Ordnung, den Wiederaufbau für Stinnes bedroht, das wird am einleuchtendsten durch den Aufstand an Gift und Galle bewiesen, mit welchem die Gewerkschaftsbürokratie und der USPD-Führer gegen einen jeden Arbeiter der sich für die Betriebsräte- und Kontrollauschüßbewegung einsetzt, vorgehen, ihre niederträchtigen Verleumdungen und ohnmächtige Drohungen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Diesmal wird sich selbst die Arbeiterschaft nicht abhalten lassen, den Weg aus dem Elend zu beschreiten, sie wird nicht warten bis die Instanzen ihr den Betriebsrätekongreß erlauben, sondern wird das Werk der Befreiung in eigene Hände nehmen.

Zu groß ist die Not, auf der einen, zu aufgedunsen der Überfluß auf der anderen Seite. Der Goldflitter von den Ketten der Proletarier ist gefallen, sie erkennen, daß sie außer ihnen wahrlich nichts zu verlieren haben. Um aber die ganze Welt zu gewinnen, zwingt die Geschichte das Proletariat sich in die Front des Klassenkampfes zu stellen, um unter Führung der revolutionären Partei die andere Front, die die morsche Welt verteidigt, zu schlagen.

Zwei Fronten sind aufmarschiert. In welche der Beiden stellst Du Dich jetzt, Arbeiter, Arbeiterin, Angestellter, Beamte?!

Der Kontrollauschüß sorgt für billige Kartoffeln.

Die energische Wirksamkeit des Kontrollauschusses in Wolfenbüttel brachte den Preis für Kartoffeln auf 150 Mt. pro Zentner hinab. Zu diesem Preis kauft nun der Ausschüß auf dem Lande Kartoffeln für die Bevölkerung ein. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beantragt, dem Ausschüß 5000.— Mark zu seiner Finanzierung zur Verfügung zu stellen, damit er die Kartoffelversorgung der Bevölkerung gründlich durchführen könne. Dem Antrag wurde zugestimmt. Bemerkenswert mag noch, daß in der dortigen Gegend früher bis 350.— Mt. für den Zentner Kartoffeln verlangt worden sind.

Durch Kampf zur Selbsthilfe!

Der Fünfehnereauschüß der Berliner Betriebsräte ist zum dritten Male gezwungen, ohne Mitwirkung der Gewerkschaftsinstanzen, gegen sie eine Betriebsräteversammlung zusammenzuberufen. Obwohl die beiden ersten Vollversammlungen von den Vertretern der aktiven Berliner Arbeiterschaft zahlreich besucht waren und obwohl der Verlauf der bisher von der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale einberufenen Gruppenvollversammlungen zeigte, daß die Berliner Betriebsräte in ihrer überwogenen Mehrheit die Initiative des Fünfehnereauschusses gutheißen, beharren die Instanzen auf ihrer Sabotage. Es genügt also nicht, daß beispielsweise die Gruppenvollversammlung des Baugewerbes und der Chemischen Industrie dem Fünfehnereauschüß nahezu einstimmig das Vertrauen aussprachen, eine Vollversammlung der Berliner Betriebsräte, die von den größeren Massen als bisher, vom letzten Klassenbewußten Betriebsrat besucht werden muß, soll den Reformisten in den Gewerkschaftsleitungen nochmals sagen, daß sie dem Willen der Arbeiterschaft zu entsprechen haben.

Die Gewerkschaftsbürokratie vervielfacht ihre Anstrengungen, um die Bewegung der Betriebsräte zum Scheitern zu bringen. Obwohl sie selbst nichts tut gegen die katastrophale Steuerung und die grauenhafte Verelendung des Proletariats, will sie unter allen Umständen jede Aktion der arbeitenden Massen verhindern. Die Bewegung der Betriebsräte bedeutet für sie, daß die Mitglieder die Gewerkschaftsleitungen nachdrücklicher wie je zwingen wollen, den Willen der arbeitenden Massen auszuführen. Um so erbitterter ist ihr Widerstand, um so struppeloser ihre Sabotage des Steuerungskampfes.

Unter dem Vorwand, gegen eine „kommunistische“ Aktion zu kämpfen, greifen die Gewerkschaftsbürokraten vorläufig zu Drohungen. Nachdem der Hauptvorstand des Zentralarbeiterverbandes vorang, erläßt nun der Transportarbeiterverband in Nr. 37 des „Courier“ folgenden Aufruf:

„Kommunistische Schwadroniere benutzen einen wilden Betriebsrätekongreß ein. Wir machen die im deutschen Transportarbeiterverband organisierten Betriebsräte darauf aufmerksam, daß die Organisation an dieser Veranstaltung keinen Anteil hat, und daß jeder Kollege, der den „Kongreß“ besucht, dies auf eigene Kosten und Gefahr tut. Die Organisation hält sich für weitere Maßnahmen den Weg offen.“

Die Arbeiterschaft aber muß sich dessen bewußt sein, daß es gilt, unter Umständen den Kampf gegen das Kapital führen zu müssen, auch wenn die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten von Drohungen zu offenen Spaltungsversuchen der Gewerkschaften und zur Aufforderung zum Streikbruch übergehen. An der Einigkeit und Kampfschlossenheit der Arbeiter müssen alle Mandatäre der reformistischen Saboteure scheitern.

Die Arbeiterschaft weiß, daß sie in den kommenden Kämpfen auf sich selbst gestellt ist. Darum ist erhöhte Aktivität auch des letzten Klassenbewußten Arbeiters nötig. Der Reichsbetriebsrätekongreß, die Organe der Betriebsräte werden nur die Aufgaben lösen können, an deren Durchführung die Arbeiterschaft mit ihrer ganzen Macht mitwirkt. Ohne eintiges, geschlossenes Handeln der arbeitenden Massen kann der Widerstand der Bourgeoisie und der Arbeiterschaft nicht gebrochen werden.

Die letzte Betriebsrätevollversammlung hat die Massendemonstration am 1. Oktober vorbereitet. Diese soll der Auftakt zu den kommenden Kämpfen werden, an der Arbeiterschaft liegt es, sie zu einer wichtigen, machtvollen Ausdehnung zu gestalten.

Von der guten Vorbereitung der Demonstration hängt viel ab, die Betriebsrätevollversammlung muß in der Lage sein, ihren Ruf an den letzten Proletarier ergehen zu lassen. Noch hat es die Berliner Arbeiterschaft nicht durchgesehen, daß die sozialdemokratischen Organe die Publikationen der Betriebsräte veröffentlichen. Um so notwendiger ist, daß die Belegschaften dafür sorgen, daß sie auf der Betriebsrätevollversammlung restlos durch ihre Beauftragten vertreten sind.

In ganz Deutschland nehmen die Betriebe Stellung zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz der Betriebsräte. Soll Dein Betrieb allein sich außerhalb dieser Reihe stellen?

Wie die Sozialdemokraten für die Landarbeiter eintreten!

Von H. Rau.

Der berichtigte Sozialdemokrat Dr. August Müller brachte im „Berliner Tageblatt“ eine Abhandlung über „Wahre und Falsche“ die alle Sozialdemokraten so sehr auch August Müller als einzigen Ausweg aus der Leuerung der Herabdrückung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung. Dem Sozialdemokraten August Müller bereitet offenbar das Schicksal der Landarbeiter das größte Rätsel. Im genannten Artikel schreibt er am 14. September:

Ein Wort ist noch über die Naturalbezüge der landwirtschaftlichen Arbeiter zu sagen. Es ist an sich erfreulich, wenn die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande so gestaltet werden, daß die Landarbeiter an Anziehungskraft gewinnen. Nicht zu rechtfertigen ist jedoch ein Ueberverbrauch der Landwirtschaft — einerlei, ob Gutsbesitzer, Bauer oder Arbeiter — in Zeiten, in denen durch die städtischen Siedlungen das Essen, das Trinken und der Not schreiet. Man soll meinen, daß die Frage der Deputate landwirtschaftlicher Arbeiter in den Tarifverträgen einheitlich und gleichmäßig geregelt sei, entsprechend dem durch Galtlich ja auch einheitlichen Ernährungsbedürfnis der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Dem ist aber nicht so. In der Provinz Brandenburg z. B. erhält ein Landarbeiter pro Tag ein Vier-Milch, dann 81 Zentner Kartoffeln und 28 Zentner Getreide. In der Ostpreignitz sind die Regeln 4 Vier-Milch — in den Zeiten der Milchnot für Kinder in den Städten — 93 Zentner Kartoffeln und 35 Zentner Getreide. In Mecklenburg werden 4 Vier-Milch, 104 Zentner Kartoffeln und 35 Zentner Getreide gewährt. Deputate bis zu 50 Zentnern Getreide kommen nicht sehr selten vor, besonders aus Ostpreußen und Mecklenburg wird über solche Festsetzung berichtet. Uebereinstimmend sind die Mitteilungen über die starke Schweinehaltung bei den landwirtschaftlichen Arbeitern, die heute meistens drei Schweine im Stalle haben, während sie früher mit einem auskamen. Und das in den Zeiten eines starken Rückganges der absoluten Schweinezahl.

Soffentlich haben die Führer der Landarbeiter ein Gefühl dafür, daß das nicht so weitergeht. Eine Reduzierung der übermäßig hohen Naturalbezüge landwirtschaftlicher Arbeiter ist eine unerlässliche Maßnahme. Ihre Durchföhrung würde nicht nur erhebliche Mengen von Getreide, Kartoffeln und Milch für die städtische Bevölkerung freimachen, sondern auch die Angleichung der Schweineabstände an die Futtermittelverhältnisse fördern. Mit Recht fordert ja die Arbeiterklasse unmittelbar wirksame Maßnahmen gegen die Nahrungsmittelknappheiten. Hier findet sich Gelegenheit zu einer solchen, und sie verlagert hoffentlich ihre Mitwirkung dabei nicht.

Mit keiner Silbe erwähnt August Müller den zur Sicherstellung der Ernährung vor allen Dingen notwendigen Anbau von Getreide auf dem großen Örters und die Notwendigkeit der richtigen Erhaltung der dort erzeugten Produkte unter Kontrolle der Arbeiterschaft. Er weiß nur von paradiesischen Zuständen, in denen die Landarbeiter augenblicklich leben.

Ein einziger Blick in die sozialdemokratischen Zeitungen müßte den Sozialdemokraten zeigen, daß die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande wenig Anziehungskraft haben, denn sonst wäre das Geschrei über den Mangel an Arbeitskräften zumindest unverständlich. Zu den Angaben der August Müller über Naturalbezüge macht, ist zu sagen: „Das Milchdeputat besteht vielfach aus einem Vier-Milch, was darüber ist, in Mecklenburg. Die Vollmilch wird meistens zum Buttern verwendet, da der Sahnegehalt nicht ausreicht, um Brotkrumen zu machen. Das Getreide, das in keinem Fall 50 Zentner beträgt, ist nur zu einem Teil Brotgetreide, das andere Futtermittel. Das Kartoffeldeputat wird in den meisten Fällen nicht in Kartoffeln, sondern in Kartoffelfeld gegeben, und zwar in der Weise, daß 81 Zentner Kartoffeln gleich 14 Hektar Land ist, auf dem der Landarbeiter nach Feierabend und Sonntags seine Kartoffeln erntet. August Müller sieht im Stall des Landarbeiters drei Schweine, was tatsächlich nur ein vorhanden ist. Was Müller nicht erwähnt, ist, daß jene verheirateten Arbeiter, die die von ihm angegebenen Deputate erhalten, etwa Barlohn erhalten, der sie zum Leben eines Teils ihrer Deputate zwingt. Ein Stundenlohn von 3 Mk. gehört gegenwärtig bei diesen Landarbeitern zu den höchsten. Meistens beträgt er nur 2 Mk., oder gar wie im Kreis Neuhütte (Pommern) pro Tag 1,50 und 6,50 Mk.

Sowohl der Sozialdemokrat August Müller von den Landarbeiterverhältnissen sowie wie ein Büffel von der Astronomie oder er arbeitet bewußt im Interesse der Agrarpartikularisten. Besonders ist nach der bisherigen sozialdemokratischen Politik und besonders der des Dr. August Müller anzunehmen. Die Herabdrückung der Naturalbezüge der Landarbeiter haben die sozialdemokratischen Führer bereits praktisch begonnen bei ihrer Zustimmung zur Erhöhung der Getreidezulagen. Ein Beispiel: Im Kreis Preignitz (Brandenburg) erhielten die Deputatarbeiter jährlich 24 Zentner Brotgetreide, was mit dem früheren Umlagepreis von 150 Mark pro Zentner berechnet wurde. Im Kreis Ostpr. der Landarbeiter ist eine bestimmte Jahressumme als Lohn eingest. Dadurch, daß der Getreideumlagepreis auf 35 Mk. pro Zentner erhöht wurde, wird bei 24 Zentner Brotgetreide die im Kreis Ostpr. festgesetzte Lohnsumme überschritten. Mit Zustimmung der sozialdemokratischen Kreisräte des Ostpr. wurde nun der Landarbeitern 6 Zentner Brotgetreide abgezogen, und trotzdem sprach man von „Lohnerhöhung“, weil ja 18 Zentner zu 35 Mk. eine höhere Summe ergeben als 24 Zentner zu 150 Mk. Ganz im Sinne des August Müller erhalten also die Landarbeiter in diesem Kreis 6 Zentner Getreide weniger, während aber höhere Erträge bezogen. Bei der neuerdings vorgenommenen Erhöhung der Umlagepreise wird sich dies in noch viel stärkerem Maße auswirken. Die Sozialdemokraten tun nicht nur, alles zur Herabdrückung der Naturalbezüge der Landarbeiter, sondern sie bemühen sich auch mit aller Kraft gegen die Kontrolle der Landarbeiter an höhere Löhne, wie dies bei den Getreide ist durchweg der Fall war. Die Lage der Landarbeiter wird durch die sozialdemokratische Politik geradezu katastrophal verschlechtert.

Die Industriearbeiter müssen sich bewußt sein, daß diese Herabdrückung der Landarbeiter auch die Herabdrückung ihrer Kampfbarkeit sowie die Herabdrückung der Agrarprodukte und die planmäßige Herabdrückung der Lebensmittelpreise, Herabdrückung der Brotgetreide an Hand, durch Verbrennen von Getreide und Kartoffeln zu Schnaps und der dadurch erwünschte großgrundige Wucher kann nur mit Hilfe der Landarbeiter bekämpft werden.

Der Kampf um die Kontrolle der Produktion über die Verwendung und die Preise der Erzeugnisse erfordert, daß die Landarbeiter eine Kontrolle mit den Industriearbeitern (Landarbeiter) der Landarbeiterschaft stellt im Kampfe gegen die Forderung einer der großen Aufgaben zu — der Regelung der Nahrungsmittelproduktion und -verteilung über die Preise. Dazu muß auch der Industriearbeiter ganz energig sein, nicht gegen die Politik, die die von sozialdemokratischen Führern betrieben wird, und er muß in allen Kämpfen der Landarbeiter an deren Seite treten. Im jetzigen Augenblick ist es notwendig, daß die Industriearbeiter zu all ihren Tagungen, sei es örtlich, bezirksweise oder über das ganze Reich die Landarbeiterbetriebsräte heranziehen.

Die Reparationskommission und das England-Geschäft.

Die Reparationskommission und das England-Geschäft.

Das Bankgeschäft mit England, über das die Reichsregierung undurchdringliches Stillschweigen bewahrt, scheint auf neue Schwierigkeiten zu stoßen. Die deutschen Finanzkapitalisten sind offenbar im Irrtum, wenn sie glauben, das Geschäft sei bereits unter Dach und Fach. Nach einer Meldung der „Dena“ mißt sich nämlich jetzt die Reparationskommission in den Handel. Obwohl die belgische Regierung

fraktischen Führern betrieben wird, und er muß in allen Kämpfen der Landarbeiter an deren Seite treten. Im jetzigen Augenblick ist es notwendig, daß die Industriearbeiter zu all ihren Tagungen, sei es örtlich, bezirksweise oder über das ganze Reich die Landarbeiterbetriebsräte heranziehen.



Die Frau des Schiebers: Was wollen denn die Leute bloß? Die Schaufenster liegen voll Schwaren und dabei rufen sie immer noch Hunger. Wie unzufrieden doch das Volk ist. Der Schieber: Daran sind nur die verfluchten Kommunisten schuld. Die meisten die Arbeiter auf, verheizen sie, daß die Löhne nicht ausreichen. Dabei verdient ein Arbeiter über 200 Mark in der Woche, das genügt doch für den Pöbel. Jetzt machen die Kommunisten gerade wieder eine Note Werbenache, da gehen sie besonders. Die Arbeiter wollen einen Betriebsratungskongreß, der eine Preiskontrolle durchführen soll. Die Bande will mich dadurch um meinen Verdienst bringen.

Die Frau: Das ist ja schrecklich. Wie gefährlich die Kerle aussehen. Da sollte die Polizei nicht ruhig dabei stehen, sondern in die Bande reinsteigen. Es wäre überhaupt besser, wenn alle die Heger aufgehängt würden.

Der Schieber: Sei unbesorgt, Auguste! Das ist ja nur eine Demonstration. In Nürnberg vereinigt sich gerade die USF mit der SPD, das ist für uns wichtig. Die SPD und Gewerkschaftsführer werden die Arbeiter wieder beruhigen. Wenn Scheidemann es nicht schafft, wird man Crispian helfen. Und wenn sich die Arbeiter trotzdem nicht beruhigen wollen, dann verhaften vielleicht die sozialdemokratischen Beamten wieder die „Schlenische Arbeiter-Zeitung“.

der Reparationskommission über die Schatzwechselfrage noch keine amtlichen Bericht erstattet hat, wundern man sich in Paris darüber, daß der Reichsbankpräsident Havenstein sich kategorisch geweigert hat, den Inhalt seines Abkommens mit der Bank von England bekanntzugeben, ja, daß er sogar den Parteiführern des Reichstags keine Auskunft gegeben hat. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Reparationskommission argwöhnen, daß Havenstein der Bank von England Pfänder verprochen hat, die eigentlich der Oberhoheit der Reparationskommission unterstehen. Frankreich fordert daher die Bestätigung des deutsch-englischen Abkommens.

Teilzahlung des Gehalts am Ersten

Da die Gehalt weiter anhält, gibt die Reichsbank empfindlich nach. Am 31. September nur die dringlichsten Zahlungen zu leisten und die Monatsgehälter nur in Teilzahlungen zur Auszahlung zu bringen.

Sollte tatsächlich der Gehalt in mehreren Zeilen und nicht erst einmal am 31. zur Auszahlung kommen, so würde das bedeuten, daß der ohnehin schon geringe Reallohn der Arbeiter und Angestellten weiter verschlechtert wird. Durch die tägliche Verzögerung ist der Arbeiter und Angestellte, der erst am Ende der Woche oder des Monats nachträglich die Gehaltsumme erhält, verliert er ohnehin schon einen Teil dieses Gehalts. Das wird durch eine Zerlegung des am 1. fälligen Gehalts noch verstärkt, ganz abgesehen davon, daß nicht nur keine größere Anschaffung, insbesondere im Hinblick auf den kommenden Winter an Kleider, Schuhe oder Brennmaterial erfolgt, sondern nicht einmal die notwendigen Kleider- und Schuhreparaturen von einem Teil des angezahlten Gehalts gemacht werden können. Bei bei allen anderen, sollen die Arbeiter und Angestellten am besten unter der Deckung zu leben haben. Die täglich wachsende Verzögerung läßt aber eine weitere Belohnung durch den Wucher nicht zu. Am Ende muß der volle Gehalt ausbezahlt werden. Es wird die Aufgabe der Angestellten sein, gemeinsam mit den Betriebsräten eine rechtzeitige Forderung zu treffen, daß die restliche und angehörte Auszahlung der Gehälter am Ersten stattfindet.

Betriebspiegel.

Es hängen sich die Hölle, in denen die Unternehmer die Belegschaften ihrer Betriebe durch ehemalige Offiziere und Polizeimänner überwachen lassen. Die Verwaltung der Grube Otto in Lubitz hat sich jetzt 5 Apolente aus Schlesien kommen lassen, um eine scharfe Kontrolle über ihre Arbeiter ausüben zu lassen. Derselben Apolente sind in die dortige Polizeibehörde eingestellt. In der Nacht der Arbeiter liegt es, daß diese Betriebspiegel so schnell wie möglich verschwinden.

Stresemanns Aktionsprogramm.

Am Sonntag fand in Breslau eine Vertretertagung der Deutschen Volkspartei statt, auf der Stresemanns programmatische Ausführungen über die zukünftige Haltung seiner Partei machte. Zunächst erklärte sich Stresemann für die bürgerliche Arbeiterschaft. Sie müsse um so mehr hergestellt werden, als die Verschmelzung der sozialdemokratischen Parteien vollzogen sei. Dann wandte sich der Parteichef der außenpolitischen Lage zu. An der Hand des Stimmes-Lubersachen Vertrages machte er der Regierung vor, wie gut sie jetzt mit England auskommen könne. Die Rettung könne nicht von der Sozialdemokratie kommen, sondern ausschließlich von den Unternehmern.

Wie das Beispiel beweist, vermögen sich gerade diejenigen im Lande durchzusetzen, die in den nationalen Fragen offen zu ihrem Vaterlande gestanden haben und nicht solche, die etwa auf internationalen Kongressen gegen die Wahrheit ein deutsches Schuldbekenntnis ablegen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist ferner ein Irrtum, anzunehmen, daß ein weitgehender sozialistischer Einfluß unsere Politik gegenüber dem Ausland erleichtere.

Eine deutliche Ankündigung, daß die Volkspartei im Außenministerium ihren Mann haben will, was sie auch bei der vollständigen Ohnmacht der SPD durchsetzen wird. Das Stresemanns Argument von dem geringen Einfluß der Sozialdemokraten ins Ausland gebrauchen kann, liegt an den Sozialpatrioten, die alles getan haben, um jeden Kampf gegen den Versailler Vertrag zu verhindern. Der Kurs geht auf Sinnes und die Sozialdemokraten liegen bereit heute unterm Schitteln!

Das Koalitionsrecht der Schupo-Beamten.

Die Schupo-Beamten haben sich zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen im „Schrauder-Verband“ zusammen geschlossen. Obwohl dieser Verband anfänglich die feilsche Föhlung mit den freien Gewerkschaften vermeidet, werden seinen Vertrauensleuten in der Schupo die größten Schwierigkeiten bereitet. Bezeichnend hierfür ist die Behandlung des 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Sierkade des Schrauder-Bandes durch seinen Hundertschaftsföhrer.

Der Hundertschaftsföhrer bestellte den Beamten, der Hauptwachmeister-Dienstleiter war, auf sein Zimmer und sagte ihm, daß er nur so arbeiten dürfe, wie sein Vorgesetzter es wünsche. Selbstverständlich hing von dem Betragen gegenüber dem Vorgesetzten auch die Föhrung ab. Er solle auch abends immer beten. Der Schupo-Beamte erklärte dem Herrn, daß er lieber seinen Hauptwachmeisterposten niederlegen würde, als den Vertrauensposten des Schrauder-Bandes. Er verlange, als Beamter behandelt zu werden. Der Hundertschaftsföhrer erklärte, die Schupo-Beamten seien tatsächlich Reichswehrsoldaten, nur der grüne Rock unterscheidet. Und: Gehorchen sei die erste Pflicht!

Zwei Tage später wurde dem Schupo-Beamten mitgeteilt, daß er sich nach einer Zivilstelle umsehen solle, denn er würde bald „Schiffbruch“ erleiden.

So werden die Beamten der deutschen Republik behandelt. Ihre eigene Schuld ist es, wenn sie sich diese Behandlung noch länger gefallen lassen.

Die Türken rüden vor.

Am 26. wird erneut ein türkischer Vorstoß in die neutrale Zone gemeldet. Es sollen türkische Kavallerietruppen am Montag neuerdings bei Tschanaq, und zwar diesmal mit Artillerie ausgerüstet, in die Zone eingedrungen sein. Man spricht diesmal von 3000 Mann.

Durch den türkischen Vorstoß wird die Lage im Orient, die durch den Pariser Konferenzbeschluss in den letzten 48 Stunden leicht entspannt war, aufs neue verschärft. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß Kemal Pascha trotz der abwartenden Haltung, die er bisher bewahrt, im letzten Augenblick zu einem Ueberfall greift, um das Schicksal Konstantinopels zu entscheiden. Es kommt hinzu, daß die Regierung von Ankara ihre Offiziere und Mannschaften offenbar nicht mehr jetzt in der Hand hat. Erst kürzlich hat Kemal Pascha in einem Interview mit englischen Pressevertretern erklärt, er könne seine Armee höchstens nur noch drei Tage surdhalten.

England hat zunächst mit einem Ultimatum geantwortet. Der britische Höchstkommandierende in Konstantinopel, General Harrington, läßt mitteilen, die englischen Truppen seien angeeignet der neuen Berührung der neutralen Zone auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Wie aus London gemeldet wird, trägt England der bedrohlichen Lage durch immer weitere Rüstungen Rechnung. Von Malta sind englische Verstärkungen nach Dardanellen und nach Tschanaq geschickt worden. In Southampton wurden mehrere Bataillone Marineinfanterie eingeschickt. Ein großer und zwei kleine Kreuzer sowie neun Torpedobootzerstörer sind von Gibraltar abgegangen, Flugzeugtransporte sowie ein Teil der zweiten Torpedobootzerstörerflotte sind auf dem Wege.

Der Vertreter der Regierung von Ankara in Konstantinopel, Hamid Bey, erklärte, vor Eröffnung der Waffenstillhandkonferenz müsse den Türken das Recht eingeräumt werden, die Meerengen zu überschreiten und Sytrazien zu belegen. Sollte die vorherige Belegung Sytrazien verhindert werden, so würden sie keine Konferenz annehmen können. Sollten sie bei der Ueberschreitung der Dardanellen von Entente-Kreistrafen bestraft werden, so würden sie nicht zögern, das Feuer zu erwidern. Wenn die Forderungen der Türkei erfüllt würden, sei sie bereit, die Freiheit der Meerengen anzuerkennen.

Sowjetrußland und die Dardanellen.

Eine neue Erklärung des stellvertretenden russischen Volkskommissars für Außenere, Karachan, liegt vor. Er erklärte dem Moskauer Vertreter der „Chicago Tribune“, Rußland würde eine Lösung der Dardanellenfrage nicht zulassen, wenn es nicht an der Konferenz über diese Frage teilnehmen dürfe. Es werde Maßnahmen ergreifen, um seine Interessen zu wahren, wenn auch keine kriegerischen. Eine Lösung der Meerengenfrage ohne Rußland wäre überhaupt keine Lösung. Der Vertrag zwischen England, Ankara und der Freiheit der Dardanellen für alle Handelsfahrzeuge, sowie die Kriegsschiffe eines Landes dürften die Dardanellen passieren. Die Konferenz zur Lösung dieses Problems müsse sofort einberufen werden.

ien, Buchara, Afghanistan und der Mongolei. Diese Allianz soll nach der Auffassung der Sowjetregierung den Einfluß der Großen und Kleinen entzweit ausgliedern. Wie aus Moskau gemeldet wird, kam es dort am Sonntag zu größeren Demonstrationen von Arbeitermassen vor dem Hause der englischen Handelsabordnung. Revolutionäre Abzeichen und die grüne Flagge der Mohammedaner wurden umhergetragen, um die Verstimmung über die Falschung Englands bekanntzugeben. — Wir geben diese Nachricht mit Vorbehalt wieder.

Landarbeiterstreit.

In der Amtshauptmannschaft Baugen sind die Schweizer auf über 15 Gütern infolge Lohndifferenzen in den Streit getreten. Die Gutsbesitzer haben Technische Nothilfe angefordert.

Berücksichtigung des Landarbeiterstreits.

In der Altmark (Magdeburg) lehnten die Gutsbesitzer die Lohnforderungen der Landarbeiter ab mit dem Hinweis auf die niedrigen Preise für das Umlagegetreide. Die Landarbeiter, die sehen, welche Riesengewinne die Gutsbesitzer einsacken, wiesen diese Begründung als nicht stichhältig zurück und beantworteten das provozierende Verhalten der Agrarkapitalisten durch den Streik, der täglich an Ausdehnung gewinnt. Durch unerhörte Uebergriffe der Gutsbesitzer gegen die Landarbeiter wird die Bewegung der Arbeiterschaft gesteigert. So meldet der „Altmarkter Volksfreund“ aus Groß-Schwarzlosen, daß dort die streikenden Landarbeiter von einem Gutsbesitzer mit dem Revolver bedroht worden sind. In Uemitz wurde ein Schweinfütterer, trotzdem er noch seine Arbeit verrichtete, kurzer Hand auf die Straße gesetzt und mußte zusammen mit seiner Frau die Wohnung räumen. In Uemitz wurden 8 Landarbeiter auf der Dorfstraße von 10 Gutsbesitzern, die von einer Arbeitgeberversammlung als „falsch angegriffen“, sie schlugen den 51-jährigen Arbeiter Schulz nieder. Mit diesen Terrorakten glauben die Gutsbesitzer die Landarbeiterschaft zum Kampf gegen die Getreideumlage, für Erhöhung der Umlagepreise zu veranlassen. Die Landarbeiterschaft muß mit gleicher Rücksichtslosigkeit gemeinsam für ihre Interessen kämpfen, sie wird die Sympathie des Industrieproletariats, dessen tatkräftige Unterstützung im Kampf gegen die Teuerung haben.

An die arbeitende Bevölkerung Schlesiens.

Die am 17. September in Berlin stattgefundenen Konferenz der Betriebsräte Deutschlands hat beschlossen, am 22. Oktober einen Reichsbetriebsrätekongreß einzuberufen.

Erledigung der Vorarbeit ist ein Reichsausschuß gebildet worden. Um die Arbeiten im Reich zu vereinfachen, ist es unbedingt nötig, die Betriebsräte beiderseits zusammen zu fassen. Zu diesem Zwecke beruft das unterzeichnete Reichsausschuhmitglied zu Sonntag, den 1. Oktober 1922, vormittags 9 Uhr, nach Siegnitz in den „Reichspräsidenten“ eine

Konferenz der Betriebsräte Schlesiens

ein. Kollegen! Der Hunger und das Schiebertum macht sich immer mehr breit. Der Hunger und das Glend wächst von Tag zu Tag. Um dem Wuchertum wirksam entgegen treten zu können, ist es unbedingt nötig, alle Kräfte zusammen zu fassen. Leider haben die maßgebenden Instanzen vollständig versagt. Unsere Pflicht als Betriebsräte ist es, jetzt handelnd einzugreifen. Dringende Maßnahmen zu beraten und die Vorarbeiten zum Reichsbetriebsrätekongreß zu fördern, soll der Zweck der Konferenz sein.

Wir fordern deshalb die Kollegen in sämtlichen Orten Schlesiens auf, Delegierte zur Konferenz nach Siegnitz zu senden.

Sämtliche Orte, zumindestens alle Großbetriebe müssen vertreten sein. Zur Durchführung der angeordneten Forderungen der Reichsbetriebsrätekongferenz sollen

am 1. Oktober im ganzen Deutschen Reich wichtige Massenkundgebungen veranstaltet werden. Die Durchführung der Demonstrationen bleiben den örtlichen Betriebsräten überlassen. Kollegen, sorgt für vollzählige Beschickung dieser obigen Konferenz.

Der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte.
J. A.: August Thaler
Görlitz, Poststraße 14.

Telegramm!

Сессия морган. Буинья
Тадан нонь Виньфа.
Дур минь Роман.

Aus der Partei.

An unsere Ortsgruppen!

Wir berufen hiermit für Sonntag, den 8. Oktober den Bezirksparteitag

Tagesordnung:

1. Bericht der Bezirksleitung.
2. Das Programm der Partei und Stellungnahme zum 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.
3. Unsere Agitation unter dem weiblichen Proletariat.
4. Erledigung von Anträgen.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Der Parteitag beginnt am Sonntag, den 8. Oktober, vorm. 9 Uhr, im Saal des Artikulgarten, Neue Gasse 25, an der Promenade, in Breslau. Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus den gewählten Delegierten der Mitglieder- und Vertreterversammlungen der Orte, die je nach Zahl der Delegierten zu Wahlgruppen zusammengelegt werden können. Die Zahl der auf die einzelnen Ortsgruppen, Wahlgruppen oder Unterbezirke entfallenden Delegierten wird von der Bezirksleitung nach dem am letzten Vierteljahresabschluß vorhandenen Mitgliedern, für die Beiträge gezahlt und an die Bezirksleitung abgelehrt worden sind, festgesetzt. Die Mandatsformulare gehen in dieser Anzahl den Ortsgruppen zu. Jeder Ortsgruppe mit mindestens 50 Mitgliedern steht mindestens ein Delegierter zu, auf je weitere volle 50 Mitglieder ein Delegierter mehr.

Wir bitten die Ortsgruppen, die Delegierten durch die Mitgliederversammlungen zu wählen. Die Delegationskosten tragen die Ortsgruppen selbst, da dem Bezirk hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen. In finanzschwachen Ortsgruppen und Kreisen wollen die Kreisleiter unter den Mitgliedern eine Sammlung zur Deckung der Ankosten für die Delegierten veranstalten, um auch ihnen den Besuch des Bezirksparteitages zu ermöglichen.

Die Bezirksleitung der KPD, Bezirk Schlesien.

Gewerkschafts-Bewegung.

Die Gehaltsbewegung der Angestellten

in Breslau kann, wie uns aus Angestelltenkreisen geschrieben wird, bis auf unwesentliche Zeile, über die noch Vereinbarungen herbeizuführen sind, als abgeschlossen gelten. Dem am 20. September vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch für die Monate Oktober bis Dezember und der Vergleichsvorschlag für den Monat September sind sowohl von den Arbeitgeber- wie auch von den Arbeitnehmer-Organisationen angenommen worden. Wenn auch mit dieser Neuregelung die Einkommen der kaufmännischen und technischen Angestellten und der Werkmeister noch lange nicht den Friedensstand erreicht haben, so muß doch anerkannt werden, daß es gelungen ist, die Gehälter wenigstens einigermaßen den

gesteigerten Unterhaltungskosten anzupassen, ein Erfolg, der lediglich durch die freigewerkschaftlichen Organisationen bei Anstellten erreicht werden konnte.

Leider gibt es noch viele Angestellte, die diesen freigewerkschaftlichen Organisationen fern stehen, die den Kampf um die so notwendige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Angestellten behindern und etwa erreichte Erfolge aufzubrechen gefährden. Im Hinblick darauf, daß die Organisation der Angestellten in freier Gewerkschaft für die gesamte Arbeiterschaft von außerordentlicher Wichtigkeit ist, bitten wir alle freigewerkschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen alles daran zu setzen, ihren Kindern und künftigen Angehörigen unbedingt den Organisations des Allgemeinen freien Angestelltenbundes zuzuführen. Keine freigewerkschaftliche Arbeiterfamilie darf dulden, daß ihre Söhne und Töchter dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, oder dem Verband der weiblichen Angestellten angehören. Die für sie allein zuständigen Organisationen auf freigewerkschaftlichem Boden sind für kaufmännische Angestellte der Zentralverband der Angestellten für technische Angestellte der Bund der techn. Angestellten und Beamten und für Werkmeister der Deutsche Werkmeisterverband.

Die „eingemachten“ den gesteigerten Unterhaltungskosten angepaßten Gehälter der Angestellten werden nicht zur Sicherung der Existenz ausreichen. Die Angestellten werden sich — wie alle Arbeiter — ausreichende Gehaltssteigerungen erkämpfen müssen, bevor in der Arbeitsgemeinschaft werden die Unternehmer den Angestellten nicht das zubilligen, was sie zum Leben brauchen. Darum müssen sich die Angestellten restlos freigewerkschaftlich organisieren und ihre Verbände zu scharfen Waffen zum Kampf gestalten.

Reichskonferenz der kommunistischen Lehrer.

Am Freitag, den 29. September findet in Viena die 2. Reichskonferenz der kommunistischen Lehrer statt. Tagungsbeginn vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung:

1. Weltliche Schule und freie Schulgesellschaften.
2. Fach- und Fortbildungsschulen und unsere Stellungnahme dazu.
3. Wir und die gegenwärtigen schulpolitischen Beschwerden.
4. Verschiedenes.

Die Konferenz wird nur einen Tag dauern. Ueber den Delegationsmodus geben die Bezirkssekretariate Auskunft.

Im Ortssekretariat der Partei in Viena ist das Tagungstafel zu erfragen. Alle Parteiblätter werden um Abdruck ersucht.

Reichsaktion der kommunistischen Lehrer.

Stinneshymne

Stinnes, Stinnes über alles,
Ueber alles in der Welt.
Alle haben sie den Falck,
Aber Stinnes hat das Geld.
Von der Maas bis an die Memel,
Von der Elbe bis an den Bell,
Herrscher unser Hugo Stinnes,
Ganz so wie es ihm gefällt.

Deutsche Kohlen, deutsche Wälder,
Deutsches Erz und deutscher Mist,
Alles das gehört dem Stinnes,
Selbst die Zeitung, die man liest,
Sipo, Schupo, Popo, Reichswehr,
Springen all auf sein Gebot,
Hufemann und Frihe Ebert,
Scheidemann und Ostertoth.

Ueberstichten, Kohlbampschienen,
Für den deutschen Arbeitsmann,
Dafür laßt Stinnes sterben,
Dafür legt er alles dran,
Hufemann und Frihe Ebert
Helfen gerne ihm dabei,
Blühe, deutsches Vaterland,
Blüh' im Glanze dieser drei.

Seitwa.

Selbst armen Schulkindern.

Unter diesem Titel teilt der Magistrat mit: Seit 74 Jahren unterstützt der „Pfennigverein“ arme Schulkinder ohne Unterschied des Glaubensbekenntnis dadurch, daß er ihnen um die Weihnachtzeit Schuhe als Geschenk verabreicht. Er hat in den letzten 25 Jahren unter Mitwirkung der Breslauer Lehrerschaft mehr als 8000 Paar Schuhe zur Verteilung bringen können. Jetzt droht die allgemeine Not der Zeit auch den gemeinnützigen Bestrebungen des Vereins ein Ziel zu setzen. Er

„Das ist nichts für Mädchen!“

Es ist Montag. — Mitten durch den ratternden, staubigen Maschinenaal geht der Meister. Ein etwa 14—15 jähriges Mädchen folgt ihm. Sie schaut nicht rechts und nicht links und hat nur den einseitigen Lärm der Maschinen. — „Eine Tene“ — die müden Gesichter richten sich einen Augenblick von ihrer Arbeit auf und folgen der Neulingen, doch es ist dies nichts Besonderes, sie selbst und alle anderen wähen ja auch einmal so und waren den ersten Tag in der Fabrik.

Der Meister bleibt an einer Maschine stehen. Hier ist Ihr Arbeitsplatz. Dann erklärt er kurz, wie man die Maschine bedient. Das Mädchen starrt die Maschine ängstlich an, doch schwer kann es ja nicht sein, die anderen waren ja auch nicht älter, als sie angeleert wurden.

Mittagspause! — Draußen im Hof sitzen sie in Gruppen. Alte und Junge Arbeiter und Arbeiterinnen. Ihre Gesichter sind bleich und abgehärtet. Viele sprechen vom Sport, andere von der Teuerung, einige diskutieren, und die meisten von ihnen erzählen ihre „Erfahrungen“ vom Sonntag, oder sie sprechen halb mitleidig, halb schadenfroh von der und jener, die auch „hineingekommen“ ist. Einige junge Arbeiter machen ihre Witze und Joten dazu, die Mädchen zeigen durch lautes Lachen ihren Beifall. — Die Neue steht dabei, ihre großen Augen sind gespannt auf die Erzählenden gerichtet, vieles ist ihr unverständlich. „Was hast denn Du gestern getrieben? — In Hause warst Du? Barte war, bis Du auch einen hast, er Dich Sonntags mitnimmt. Aber das verstehst Du jetzt noch nicht, mit der Zeit wird es schon noch werden.“
Und es kam. Ein Jahr später stand die junge Arbeiterin ihren Kolleginnen in nichts mehr nach. Der künftige Ausdruck in ihren Augen war verschwunden, ihr Gesicht wurde leich vom Staub der Werkstatt, und sie selbst gehörte zu den Selten, deren Seelen langsam sterben.

Ein düsteres Büro, viele Alten und Jungen, Tipp, Tipp, Tipp, das Klappern der Schreibmaschinen verklingelt. Der

Büro stand ist eben zur Tür hinaus. — „Du Core! den neuen Fam im „U. S.“ mußt Du Dir unbedingt auch ansehen, ich sag' Dir, er ist einfach großartig!“ — Es war eine kleine Büromantel von 16 Jahren, und wenn sie vom Kino sprach, glühten ihre Augen vor Begeisterung. „Ja, wenn ich nur mehr Geld hätte. Du läßt es Dir eben von Deinem Kavaliere bezahlen“, meinte die andere. „So wenig verdient man, ich habe eine Freundin, die tanzt im Variete, ich sag' Dir, die verdient Geld wie Heu und bekommt was von der Welt zu sehen.“ — „Ja, weißt Du, Trude, was ich mir schon gedacht habe? Zu einer Kinogesellschaft zu gehen, das wäre auch nicht übel, denn für immer hier bleiben, das ist auf keinen Fall.“ — „Ich auch nicht!“ erwiderte die andere. — Um 6 Uhr stürzten sie hinaus aus dem staubigen Käfig. Auf dem Hausflur tangten sie Walzer, ihr junges Leben sprudelte. Arm in Arm schritten sie durch die hell erleuchteten Straßen und summten einen Operettenchlag vor sich hin.

Es ist Samstag, kurz vor Geschäftsschluss. So oft die Ladentüre aufgeht, kommt ein kalter Zug herein. Hell leuchten die Bogenlampen. Radenräuclen laufen geschäftig die langen Teppichreihen auf und ab, um die „Herrschaften“ zu bedienen. Der Schuh gefällt mir nicht, er ist mir zu wenig elegant, der Absatz dürfte etwas höher sein“, meint eine Dame in großem Pelztragen. Und eine andere: „Gad ist mir zu untein, alles trägt gegenwärtig Lackschuhe. Haben Sie nichts in Wäldeder?“ Sie dreht und wendet den Schuh nach allen Seiten. Die Diamanten an ihren Fingern blitzen. — Mit hümmen abgehärteten Mantel, blau gefrorenen Händen und einem mißmutigen Gesicht kommt gerade noch ein junges Weib zur Türe herein. Zeisnahnlos geht sie an allen vorbei und fängt hastig an den Fußboden zu putzen. „Ach, das ist wohl schon die Putzfrau?“ Und hin und wider wirft eine der Damen einen ärgerlichen Blick nach der Stürerin hinüber. — „Mäde schaut sie auf und frecht ist das Haar aus dem Gesicht.“ „So, jetzt das Stück noch, dann ist's Schluss für heute. Bon morgens früh um 5 Uhr bis jetzt kann man genug bekommen.“ Sinen Augenblick hochten alle hin. — Seit

5 Uhr?“ wiederholen manche ungläubig. „Ach Gott, wie schrecklich“, sagt die Dame im Pelz und erhebt sich, um mit dieser Person nicht weiter ins Gespräch zu kommen, bezahlt, wickelt sich enger in ihren ledernen Mantel und geht.

Grell wirft die Wintersonne ihr Licht in die engen Straßen. Dort oben kommt eine Schaar Mädchen, bleiche, magere Gestalten, ein Tuch um Kopf und Schultern, jede hält einen notdürftig eingewickelten Säugling im Arm. Schwiegend gehen sie vorüber. Kein Strahl von Mutterglück leuchtet aus ihren Augen. — Einige Stieher bleiben stehen und verzehren höflich den Mund. Eine ehrfame Bürgerfrau spricht in entrüstetem Ton zu ihrer Tochter: „Stieh, die sind vor einer Christlichen Fürsorgeanstalt; eigentlich geschieht es ihnen gerade recht so, doch die Christliche Kirche sorgt eben für alle, auch wenn es noch so tief gefallene Geschöpfe sind.“

Genossinnen und Genossen, viel braucht man hierzu nicht zu sagen. Wenn Ihr bei der Arbeit in unserer Jugendbewegung lau und gleichgültig werden wollt, oder wenn Ihr, Genossinnen und Genossen, auf den Landesortgruppen Euch Kleinmütigkeit der öffentlichen Meinung über die Frauen und Mädchen unterwerft, dann macht die Augen auf und schaut Euch um, und Ihr werdet noch Hunderte von solchen Bildern um Euch her sehen. Zieht selber Eure Lehren daraus und richtet eure Aufklärungsarbeit unter den Frauen und Mädchen danach ein, denn sie sind es, die am meisten unter dem heutigen Glend leiden. Solange wir im kapitalistischen Staat leben, wird dieses Glend nicht aufhören. Nicht jammern wollen wir, sondern helfen, und das können wir, indem wir uns ganz einsehen für die Arbeit in unserer Jugendbewegung, denn hier helfen wir mit, das Land der Zukunft zu schaffen!

(Aus der letzten erschienenen, mit Bildern versehenen Schrift: „Aus dem Leben der Arbeiterinnen“, zu beziehen durch die Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien. Preis 20 Mk.)

